

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

„Schwarzmalerei“ zahlte sich aus

Die Landtagswahl an Rhein und Ruhr: Wahlsieg der SPD – Stimmenverlust der CDU

Knapp 11,3 Millionen Wahlberechtigte entschieden am 10. Juli über die künftige politische Kräfteverteilung im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die Sozialdemokraten waren klarer Gewinner dieser sechsten landespolitischen Wahlrunde an Rhein und Ruhr. Sie werden in den kommenden vier Jahren im Düsseldorfer Landtag die stärkste Fraktion stellen, die über 99 der insgesamt 200 Landtagsmandate verfügt.

Der wirtschaftliche Strukturwandel im Ruhrgebiet, den die sozialdemokratische Wahlstrategie zur irreführenden „Schwarzmalerei“ aufbauschte, gehört zum landespolitischen Hintergrund der Entscheidung vom 10. Juli. Die CDU mußte bei dieser sechsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beachtliche Stimmenverluste hinnehmen, deren Ursachen in den kommenden Monaten gründlich geprüft werden. Die Freien Demokraten konnten dagegen ihren landespolitischen Wähleranteil leicht verbessern, und sie gewannen einen zusätzlichen Landtagssitz. Völlig bedeutungslos blieben die Splitterparteien, für die sich insgesamt nur 0,3 Prozent der Wähler entschieden.

Der Bundesvorstand der CDU trat am 1. Juli unter Vorsitz von Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard in Bonn zusammen. Der Vorstand erörterte eingehend das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Die Gründe für den Stimmengang der CDU und die Stimmengewinne der SPD bedürfen nach Ansicht des Vorstandes einer sorgfältigen Analyse, mit deren Ergebnis sich zunächst das Parteipräsidium auf seiner nächsten Sitzung befassen wird.

Der Vorstand sprach allen Wählern der CDU seinen Dank für ihr Vertrauen aus. Außerdem dankte er allen Rednern und Helfern, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Meyers und Bundeskanzler Prof. Erhard, für ihren Einsatz im Wahlkampf.

Bundeskanzler Prof. Erhard nahm auch persönlich zu dem Ausgang der Landtagswahl vom 11. Juli Stellung. Er erklärte u.a.:

Die Erfolge der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind für die CDU eine ernste Mahnung, die Zügel zu straffen und zur Offensive

überzugehen, die Einheit aller Kräfte der Partei zu wahren, um unsere Politik konsequent fortsetzen zu können. Nach dem Wahlausgang an Rhein und Ruhr muß die Union wissen, was auf dem Spiele steht. Wir werden sorgfältig die Konsequenzen prüfen, die sich gerade im Hinblick auf die kommenden politischen Entscheidungen in Bund und Land ergeben. Die CDU wird sich insbesondere mit den Wahlmethoden der SPD auseinandersetzen.

Das Wahlinteresse war an der diesjährigen Landtagswahl etwas stärker als an der vor vier Jahren. 76,6 Prozent der nordrhein-westfälischen Wahlberechtigten nutzten am vergangenen Sonntag ihr Stimmrecht. Allerdings wurden auch am 10. Juli nicht die hohen Beteiligungsziffern der Bundestagswahl erreicht. Mehr als zehn Prozent der Wähler der letzten Bundestagswahl verzichteten bei der diesjährigen Landtagswahl auf ihre Stimmabgabe.

Wahlbeteiligung

Wahljahr	%
L 1966	76,6
L 1962	73,4
L 1958	76,6
L 1954	72,6
B 1965	87,6

Niedrige Wahlbeteiligung entschied

Sehr unterschiedlich war die Wahlbeteiligung in den 150 Landtagswahlkreisen. Sie schwankte zwischen 64,9 Prozent im großstädtischen Wahlkreis Köln I und 86,7 im westfälischen Wahlkreis Ahaus. Die traditionelle Wahlmüdigkeit in der rheinischen Großstadtlandschaft, die zum politischen Hintergrund der Kommunal- und Landtagswahlen gehört, wurde am 10. Juli erneut bestätigt.

Besonders wahlfreudig war dagegen auch bei der diesjährigen Landtagswahl die Bevölkerung in den katholisch-bäuerlichen Gebieten, wo fast durchweg mehr als 80 Prozent der Wähler ihr Stimmrecht nutzten.

Das Stimmbelebungsgefälle hat sich freilich gegenüber der letzten Landtagswahl etwas verringert. In den großstädtischen Landtagswahlkreisen nahm die Wahlbeteiligung stärker zu als im Landesdurchschnitt, während sie in den katholisch-bäuerlichen Schwerpunkten zu meist stagnierte oder sogar rückläufig war (Wahlkreise Steinfurt und Büren). Die bisherige regionale Analyse der Wahlbeteiligung läßt vermuten, daß die höhere Beteiligung bei dieser Landtagswahl vor allem der SPD zugute kam.

Die CDU erreichte am 10. Juli nicht ihre Wählerzahlen und Stimmenanteile der Landtagswahl 1962. Im Spiegel landespolitischer Wahlzahlen verringerte sich ihr Stimmenanteil um 3,6 Prozent und ihre absoluten Wählerzahlen um rund 100 000. Noch deutlicher waren ihre Verluste im Vergleich zur letzten Bundestagswahl, denn knapp eine Million Wähler vom 19. September fehlten in der Stimmenbilanz vom vergangenen Sonntag. Der Schwerpunkt dieses Stimmenganges dürfte allerdings hauptsächlich auf die niedrigere Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl zurückzuführen sein, die die landespolitische Stimmenkurve der CDU nachhaltig verschlechterte.

Wählerzahlen und Stimmenanteile der CDU

Wahljahr	Stimmenanteil	Wählerzahl
L 1966	42,8	3,65 Mill.
L 1962	46,4	3,75 Mill.
L 1958	50,5	4,01 Mill.
B 1965	47,1	4,59 Mill.
B 1961	47,6	4,53 Mill.

Fortsetzung Seite 2

„Schwarzmalerei“ zahlte sich aus

Fortsetzung von Seite 1

Der Blick auf die Tabelle verdeutlicht den rückläufigen Trend der CDU in Nordrhein-Westfalen. Dabei wird allerdings auch deutlich, daß die nordrhein-westfälische Wahlentwicklung keineswegs typisch für das gesamte Bundesgebiet ist. Sichtbar wurde das auch bei der letzten Bundestagswahl, bei der die CDU im volkreichsten Bundesland ihre Wähleranteile verschlechterte, während sie im Bundesdurchschnitt prozentuale Stimmengewinne erzielen konnte. Auch die vielfältigen aktuellen politischen Folgerungen, die sich um das Wahlergebnis vom 10. Juli ranken, verlieren bei diesem wahlsoziologischen Hintergrund an Bedeutung.

Freilich sollte gerade der jüngste Stimmenrückgang der CDU an Rhein und Ruhr als ernste Mahnung verstanden werden, die Ursachen dieser ungünstigen und für das Bundesgebiet untypischen Entwicklung zu untersuchen.

Der Blick auf die Wahlentwicklung in den 150 Landtagswahlkreisen verdeutlicht die vielgeschichtigen Besonderheiten der jüngsten Stimmentscheidung in Nordrhein-Westfalen. Der Schwerpunkt der Stimmenverluste der CDU lag vor allem in zahlreichen, zumeist großstädtischen Wahlkreisen des Ruhrgebiets und des Aachener Kohlenreviers. Hier wiederholte sich am 10. Juli die Wahlentwicklung, die in diesen Gebieten bereits das Bild der letzten Bundestagswahl bestimmte. Soziologisch gesehen dürften es vor allem katholische Arbeiterstimmen sein, die die Union in dieser industriellen Landschaft einbüßte. Weit über dem Landesdurchschnitt lagen auch die Verluste der CDU in den rheinischen Großstädten Köln, Düsseldorf und Wuppertal.

Schließlich mußte die CDU auch in einigen ihrer katholisch-bäuerlichen Hochburgen, wie zum Beispiel Schleiden-Monschau und Warburg-Büren, überdurchschnittliche Wählerverluste hinnehmen. Gänzlich anders und viel erfreulicher war dagegen das Bild in den evangelischen Kemmlandschaften im einwohnerreichsten Bundesland.

In sieben Wahlkreisen von Ostwestfalen und in den zwei Wahlkreisen des Siegerlandes gelang es der CDU am 10. Juli, prozentuale Stimmengewinne zu erzielen. Einige Wahlkreise des Münsterlandes, wo die CDU das verbliebene Erbe des Zentrums übernehmen konnte, und der Wahlkreis Unna II zählen zu diesen weiteren Aktivposten, wo die Stimmenergebnisse der Union sich erfreulich vom landespolitischen Wahlrend abheben.

Der Stimmenrekord wurde im westfälischen Wahlkreis Ahaus aufgestellt, wo die Union einen Stimmenanteil von 70,0 Prozent erreichte. Das Schlußlicht bildet der Wahlkreis Bochum II, wo sich nur 27,5 Prozent der Wähler für die CDU entschieden.

Die Sozialdemokraten erreichten am vergangenen Sonntag mit einem Stimmenanteil von 49,5 Prozent einen Nachkriegsrekord in Nordrhein-Westfalen. Gegenüber der letzten Landtagswahl gewannen sie rund 730 000 Stimmen und ihr Stimmenanteil stieg um 6,2 Prozent. Steigende Stimmengewinne von Landtagswahl

zu Landtagswahl prägen den langfristigen Wahltrend der SPD seit 1947.

Die Analyse der Wahlbeteiligungs-ziffern läßt vermuten, daß die Bundestagswähler der SPD am 10. Juli weit stimmfreudiger waren als die der CDU.

Stimmenanteile der Wählerzahlen der SPD

Wahljahr	Stimmenanteil	Wählerzahl
L 1966	49,5	4,25 Mill.
L 1962	43,3	3,49 Mill.
L 1958	39,2	3,11 Mill.
L 1954	34,5	2,38 Mill.
B 1965	42,6	4,15 Mill.

Die Sozialdemokraten konnten bei der Landtagswahl vom 10. Juli in allen 150 Landtagswahlkreisen ihre Stimmenanteile verbessern. Allerdings war ihr Wählerzuwachs regional sehr unterschiedlich. Ihre stärksten Stimmengewinne erzielten sie in den Wahlkreisen Bottrop (+ 14,0 v. H.), Remscheid (+ 12,4 v. H.), Herne (+ 11,3 v. H.) und Solingen I (+ 11,1 v. H.). Alle diese Wahlkreise zählen zu den früheren Hochburgen der Deutschen Friedensunion, wo die DFU bei der Landtagswahl 1962 die Fünfprozentgrenze übersprang.

Offenkundig haben also die Anhänger der DFU, die am 10. Juli nicht kan-

didierte, die Wahlempfehlung ihrer Parteiführung befolgt, bei der diesjährigen Landtagswahl SPD zu wählen. 1962 erhielt die DFU in Nordrhein-Westfalen 164 333 Stimmen, die sich bei der diesjährigen Landtagswahl zum großen Teil im Stimmensaldo der SPD niedergeschlagen haben dürften.

Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Stimmengewinne lag am 10. Juli hauptsächlich in den industriell-städtisch bestimmten Regionen an Rhein und Ruhr. Allerdings konnten sie auch in einigen katholisch-bäuerlich bestimmten Wahlkreisen ihre Wählerzahlen kräftig steigern, wobei diese Tatsache zu den Besonderheiten des Wahltrends der diesjährigen Landtagswahl zählt. Sehr mager waren dagegen ihre Zuwachsrate in den evangelischen Gebieten des Siegerlandes und Ostwestfalens. Hier betrug ihr Stimmenzuwachs in einigen Wahlkreisen weniger als ein Prozent.

Den Stimmenrekord verbuchten die Sozialdemokraten im Wahlkreis Essen I mit 68,3 Prozent. Überhaupt dominierten sie am 10. Juli vor allem in den Wahlkreisen des Ruhrgebiets eindeutig. Das Schlußlicht bildet dagegen der katholisch-bäuerliche Wahlkreis Monschau-Schleiden, wo sich nur 22,9 Prozent der Wähler für sie entschieden. Allerdings konnten sie in diesem Wahlkreis am vergangenen Sonntag erstmals die 20-Prozentgrenze überschreiten.

Splitterparteien ohne Chance

Die Freien Demokraten übertrafen am 10. Juli geringfügig ihre Anteile der Landtagswahl 1962. Dabei gelang es ihnen zum ersten Mal seit 1950, ihren stets rückläufigen landespolitischen Wahltrend in Nordrhein-Westfalen aufzuhalten. Dagegen blieb es ihnen am 10. Juli verwehrt, ihre Wählerzahlen und Stimmenanteile der letzten Bundestagswahl zu erreichen.

Stimmenanteile und Wählerzahlen der FDP

Wahljahr	Stimmenanteil	Wählerzahl
L 1966	7,4	633 837
L 1962	6,9	553 426
L 1958	7,1	566 258
L 1954	11,5	793 736
B 1965	7,6	739 954

In 39 Wahlkreisen erreichte die FDP bei der diesjährigen Landtagswahl nicht mehr ihre Stimmenanteile von 1962, wobei ihr Stimmenanteil im westfälischen Wahlkreis Tecklenburg (- 1,8 v. H.) am

stärksten schrumpfte. Ihren größten prozentualen Stimmengewinn erzielte dagegen die FDP in den Wahlkreisen Hagen II (+ 3,0 v. H.) und Bonn-Land I (+ 2,9 v. H.). Die Ergebnisse der FDP schwanken schließlich in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 15,2 Prozent in Detmold und 3,0 Prozent in Bottrop.

Vernichtet war auch bei der diesjährigen Landtagswahl die Abfuhr für die Splitterparteien. Die DFU und die NPD hatten bereits vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl kapituliert und auf die Aufstellung eigener Wahlvorschläge verzichtet. Die Entscheidung der NPD war maßgeblich davon bestimmt, daß sie an Rhein und Ruhr bei der letzten Bundestagswahl mit nur 1,1 Prozent der gültigen Stimmen weit abgeschlagen auf der Strecke blieb, und überdies in Nordrhein-Westfalen am 19. September auch keine spektakulären regionalen Teilerfolge erzielen konnte.

Die Mandatsverteilung im Landtag

Partei	L 1966	L 1962	L 1958	L 1954	L 1950	L 1947
CDU	86	96	104	90	93	92
SPD	99	90	81	76	68	64
FDP	15	14	15	25	26	12
Zentrum	—	—	—	9	16	20
KPD	—	—	—	—	12	28

Die Mehrheiten in den 150 Landtagswahlkreisen

Partei	L 1966	L 1962	L 1958	L 1954	L 1950	L 1947
CDU	51	76	92	85	93	92
SPD	99	74	58	65	52	53
FDP	—	—	—	—	5	—
Zentrum	—	—	—	—	—	2
KPD	—	—	—	—	—	3

16. Landesjugendplan

Förderung des Jugendaustausches mit dem Ostblock

Der 16. Landesjugendplan des noch amtierenden nordrhein-westfälischen Kabinetts Dr. Meyers wird auch im laufenden Rechnungsjahr die Arbeit der Jugendbetreuung und -pflege wesentlich fördern.

Minister Grundmann erklärte zu den einzelnen Maßnahmen des Jugendplanes:

„Angesichts der Bedeutung der Familie als lebenswichtiger Institution für unsere Gesellschaft werden 1966 ausreichende Mittel zur Wohnungsversorgung junger Familien durch den Bau oder Erwerb von Familienheimen oder eigen genutzten Eigentumswohnungen zur Verfügung stehen. Es handelt sich um Zuschüsse zu Zinsleistungen sowie zu Verpflichtungen aus Bausparverträgen junger Familien. Mehr als 6500 Eigenheime junger Familien konnten bisher gefördert werden. Zur Vorbereitung auf die Aufgaben in Ehe, Haus und Familie werden jährlich rd. 1200 jugendpflegerische Bildungsmaßnahmen durchgeführt, an denen ca. 18 000 Jugendliche teilnehmen.“

Zum freiwilligen sozialen Dienst melden sich erfreulicherweise immer mehr junge Menschen, die sich nach ihrem Einsatz recht zahlreich für eine soziale oder pflegerische Ausbildung entscheiden. Beim Einsatz für die Kranken, Hilfsbedürftigen und Kinder geht es nicht um die Beseitigung von Nachwuchsschwierigkeiten, sondern um eine Grundorientierung des jungen Staatsbürgers, der sein Ja sagt zum Dienst und durch Bereitschaft, Tat und Opfer in seiner Persönlichkeitswertung reift.

Die Bemühungen und Erfolge auf dem Gebiet der internationalen Jugendbewegung in Westeuropa, in Finnland, in Israel und in den Ostblockstaaten sind beachtlich. So reisten im letzten Jahr 17 Gruppen junger Führungskräfte nach Israel, die meisten noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Es muß alles darangesetzt werden, die Jugend Israels auch nach Nordrhein-Westfalen zu bringen und ihr die Kenntnis unseres Landes und seiner Menschen und vor allen Dingen auch unserer Jugendarbeit zu vermitteln.

Seit längerer Zeit ist auch mit Förderung durch Landesmittel der Besuch ausgewählter Jugendgruppen in die Ostblockstaaten, vornehmlich in die Tschechoslowakei, nach Polen und Ungarn, aber auch in die UdSSR, angelaufen. Die ersten Berichte über diese Begegnungen im Ostblock sind befriedigend und ermutigen dazu, weitere Verbindungen aufzunehmen. Allerdings ist für diese Fahrten — wie auch für die Israelreisen — der Nachweis einer besonders guten seminar mäßigen Vorbereitung zu erbringen.“

Insgesamt stehen im Landesjugendplan für freiwillige Aufgaben im Bereich der Jugendpflege, der Jugendbildung und der Jugendpolitik für das Jahr 1966 rd. 43,1 Mio DM zur Verfügung (1965: rd. 45,9 Mio DM, 1964: 32 Mio DM).

Am Rande

Wahlkämpfe sind eine harte Sache. Der Wähler muß wissen, was er von den Parteien zu erwarten hat, was sie geleistet haben und was sie in der Zukunft tun. So war es in der Vergangenheit, und so muß es auch sein. Doch in Nordrhein-Westfalen hat sich die SPD mit einem neuen Wahlkampfstil präsentiert. Sie hat in Panik gemacht. Wenn dies ein Modell für künftige Wahlkämpfe sein sollte, dann muß man um unsere Demokratie bangen; denn wenn unserem Volk eingeredet wird, jeder einzelne müsse jetzt um seine Existenz fürchten, dann werden nur radikale Kräfte rechts wie links davon profitieren.

Hier einige Kostproben aus der sozialdemokratischen Propaganda in Illustrierten und in Fernseh sendungen:

„Die DM leidet an der Auszehrung“. „Wir alle zahlen die Zeche der Kohlenkrise“. „Bei uns ist die Sorge zu Hause“. „Herztod und Krebs bedrohen jeden zweiten Bundesbürger“. „31 820 verließen das Revier“. So lauteten Überschriften in der Wahlillustrierten der SPD. Und in einem Fernsehfilm wurde in Text und Bild dargestellt, wie die Späne die Sparkassen stürmen, um Geld abzuheben. „Nur wer die DM ausgibt, kann noch an ihr verdienen“, hieß es in diesem Film. Und weiter: „Heute kaufen, weil es morgen teurer wird“. Dann wurde den Menschen eingeredet, daß sie vor zwei Jahren mehr verdient hätten als heute und den Rentnern wurde gesagt, sie seien die letzten, die die Hunde heißen.

Wem es wirklich damit ernst ist, Währung und Wirtschaft auch für die Zukunft stabil zu halten, der bedient sich einer anderen Sprache. Auch die strukturellen Veränderungen im Kohlenbergbau sind gewiß nicht dadurch zu lösen, daß man den Bundeskanzler niederschreit, wie es in Gelsenkirchen-Buer geschehen ist.

Das Bundeskabinett hat nach sorgfältiger Vorbereitung jetzt ein umfassendes Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität in der Bundesrepublik vorgelegt. Mit diesem Gesetz wird auch unter den nach Abschluß der Wiederaufbauphase und bei zunehmender internationaler Integration veränderten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen eine Vorsorge getroffen, daß unser Wohlstand weiter wachsen kann. Dazu ist freilich Einsicht und Mitarbeit aller notwendig, im Bund, in den Bundesländern wie nicht zuletzt in den Kommunen. Zu diesem Gesetzentwurf jedoch hat die SPD bisher nein gesagt, und sie hat sich auch lange einer Verkürzung der Parlamentsperioden widergesetzt die notwendig ist, um das Gesetzgebungswerk möglichst rasch zu behandeln.

Der SPD kann es mit der Stabilität also nicht allzu eilig sein. In diesem Lichte besehen ist der Wahlkampfstil in Nordrhein-Westfalen besonders verwerflich.

Bundesrepublik führt ...

... in der niederländischen Außenhandelsstatistik

Nach der niederländischen Außenhandelsstatistik nimmt die Bundesrepublik sowohl in der Ausfuhr wie in der Einfuhr mit weitem Abstand die führende Stelle unter allen Ländern ein. Das betonte der niedersächsische Wirtschaftsminister Möller (CDU) in Hannover anlässlich einer Tagung der deutsch-niederländischen Handelskammer.

Der Minister machte in diesem Zusammenhang interessante Ausführungen über die deutsch-niederländischen Handelsbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung Niedersachsens. Er sagte u. a.:

„Im Zeitraum von 1950 bis 1965 stiegen die deutsche Einfuhr aus den Niederlanden von 1,246 um das 4½fache auf 6,826 Milliarden DM, die deutsche Ausfuhr das mehr als Fünffache auf 7,368 Milliarden DM und die niedersächsische Ausfuhr nach den Niederlanden um das Achtfache von 74 auf 664 Millionen DM.“

Im Jahre 1965 führte die Bundesrepublik aus den Niederlanden Waren im Werte von 6,8 Milliarden DM ein; der Wert der insgesamt aus den Niederlanden importierten Güter war mit 7,9 Milliarden DM um rund ein Sechstel höher. Die Struktur des deutsch-niederländischen Warenaustauschs zeigt, daß die Volkswirtschaften beider Länder sich nutzvoll ergänzen.

Die Bundesrepublik bezieht aus den Niederlanden in erster Linie Maschinen

der Ernährungswirtschaft. Auf diese Warengruppen entfielen 1965 fast 2,3 Milliarden DM (33 Prozent). Zu nennen sind u. a. Gemüse, Fleisch und Fleischwaren, ziergärtnerische Erzeugnisse und Eier. Zu weiteren rund 20 Prozent setzten die deutschen Importe aus den Niederlanden 1965 sich aus chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen sowie Kraftstoffen und Schmierölen zusammen.

Die Bundesrepublik liefert nach den Niederlanden in erster Linie Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse, Kraftfahrzeuge und Eisenwaren. Auf diese fünf Warengruppen entfielen 1965 fast 3,8 Milliarden DM (52 Prozent) der deutschen Gesamtausfuhr nach den Niederlanden.

Die niedersächsische Wirtschaft setzt auch in den Niederlanden die bedeutendsten ihrer traditionellen Hauptausfuhrgüter — Kraftfahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse — mit Vorrang ab.

Kiesinger will sparen

Aber alle wichtigen Aufgaben werden erfüllt

Höhepunkte des Parteitages der nordwürttembergischen CDU waren die Reden des Ministerpräsidenten Kiesinger und Bundesministers Dr. Heck. Während Kiesinger zu landes- und außenpolitischen Fragen Stellung nahm, sprach Dr. Heck in seiner Eigenschaft als Geschäftsführendes Präsidialmitglied der CDU über die Aktivierung der Parteiarbeit. Die Rede Dr. Hecks wird in der nächsten Ausgabe dieses Informationsdienstes wiedergegeben.

Ministerpräsident Dr. Kiesinger ging in dem landespolitischen Teil seiner Rede besonders auf schulpolitische Probleme ein, deren Verwirklichung durch die gegenwärtige finanzielle Situation begrenzt wird. „Bund, Länder und Gemeinden“, so erklärte der Ministerpräsident, „stehen in einer schlechten finanziellen Lage, wir können in Zukunft nur noch kleine Schritte tun. Auch Baden-Württemberg muß sparen, trotzdem werden aber die wichtigen landespolitischen Aufgaben nicht vernachlässigt. Wir müssen in unserem Land zum Beispiel das gesamte Ausbildungswesen von der Volksschule an reformieren.“ Allerdings, so gab Kiesinger dabei zu bedenken, könnten in der nächsten Zeit nicht alle „Zielwerte“ realisiert werden. „Schon heute gehen 35 Prozent des baden-württembergischen Gesamthaushalts für Personalkosten drauf.“ Die Zielwerte seien für 1980 aber 100 000 Lehrer vor, das heißt, daß der Personalauslastung rund 60 Prozent des Landestats verzehren würde. „Damit bliebe für die anderen Aufgaben nur ein kleiner Spielraum übrig. „Wir geben schon jetzt über 40 Prozent für den kulturellen Sektor aus, ein Satz, der auch in Zukunft kaum mehr überschritten werden kann“, meinte der Ministerpräsident.

Im weiteren Verlauf seiner Rede berichtete Kiesinger, daß durch weniger aufwendige Bauten im Haushalt beträchtliche Mittel eingespart werden könnten. So habe er die Kosten für die Bauten der neuen Konstanzer Universität durchgerechnet und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß 45 Prozent der dafür eingeplanten Summen gespart werden könnten, ohne das Grundkonzept zu verändern. Auch in den Ansätzen für die Einrichtung neuer Pädagogischer Akademien steckten noch beträchtliche Reserven. Der Schulbau könnte um ein Drittel verbilligt werden. „Wir werden eben in den nächsten 10 Jahren nicht mehr so schön bauen“, erklärte Kiesinger, „können aber dafür Summen frei machen, die wir für dringende andere Aufgaben brauchen.“

Auf die vom Bundeskabinett verabschiedeten Stabilitätsgesetze eingehend, sagte Kiesinger: „Wir werden zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Die Regierung Baden-Württembergs wird jedenfalls alles tun, um den wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes zum Erfolg zu verhelfen. Denn wir können es uns gar nicht leisten, daß jedes Jahr die Preise um vier Prozent steigen. Dadurch würde das Vertrauen in den Staat erschüttert.“

Zu den Bemühungen der SPD in Baden-Württemberg, durch die Einführung der Gemeinschaftsschule als einzige Schulform das Elternrecht abzuschaffen, sagte Kiesinger ein kompromißloses Nein. „Die CDU hat sich immer zum Elternrecht be-

kannt, es ist sozusagen ein Urprinzip der CDU. Wenn der Landtag das beseitigen würde, dann trete ich zurück. Die CDU wird Artikel 15 der Landesverfassung, der das Elternrecht garantiert, nicht beseitigen.“

Einen weiten Teil seiner Ausführungen widmete der Ministerpräsident außenpolitischen Problemen. Ganz besonders warnte er dabei vor einer politischen Entfremdung mit Frankreich. „Wir müssen de Gaulle dankbar sein“, sagte Kiesinger, „daß er entschiedener als jeder andere westliche Staatsmann den Sowjets klargemacht hat, daß Frankreich in der

Frage der Wiedervereinigung hinter uns steht. Ich kann nur davor warnen, die gegenwärtige Politik Frankreichs nicht ernst zu nehmen. Das Schlimmste wäre, de Gaulle leicht zu nehmen und die politischen Chancen zu verpassen. Vielleicht wird man dann feststellen müssen, daß Deutschland zwischen allen Stühlen sitzt.“

Kiesinger ging scharf mit jenen deutschen Kreisen ins Gericht, die sich anmaßen, den Amerikanern den Rückzug aus Vietnam zu empfehlen. „Wir sollten uns hüten, uns zum Richter über die US-Politik aufzuspielen. Gerade wir im zweiteilten Deutschland sollten mit solchen Ratschlägen ganz besonders vorsichtig sein.“

Im Schlußteil seiner Rede forderte Kiesinger die Älteren auf, in der Jugend ein nationales Selbstverständnis zu wecken. Schließlich sei nicht die ganze deutsche Vergangenheit zu verdammten. Wenn man zum Beispiel weiszumachen versuche, daß die wilhelminische Ära nur aus monokeltragenden hackenschlagenden Offizieren und waffenklirrenden Fürsten bestanden habe, „dann ist das ein Verbrechen an der jungen Generation“, rief Kiesinger unter dem Beifall der Delegierten aus.

Parteispitze straffen

In einer Entschließung, in der die enge Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden Baden-Württembergs gefordert wird, heißt es:

„Überzeugt von der Notwendigkeit einer engeren politischen und organisatorischen Zusammenarbeit der vier Landesverbände der CDU in Baden-Württemberg und in Übereinstimmung mit dem immer dringender werdenden Wunsch vieler Mitglieder in allen vier Landesverbänden zu einer wirksameren Zusammenarbeit beauftragt der Landesparteitag der CDU Nord-Württemberg den Landesvorstand, mit den Landesverbänden Südbaden, Nordbaden und Süd-Württemberg Verhandlungen über die Bildung einer stärkeren politischen Spalte der vier Landesverbände zu führen. Außerdem wird der Landesvorstand beauftragt, auf der Basis der Satzung der CDU Baden-Württemberg von 1953 konkrete Vorschläge für diese Zusammenarbeit und die engere organisatorische Verzahnung der vier Landesverbände auszuarbeiten. Der Landesvorstand soll den Landesausschuß regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen unterrichten und dem nächsten Landesparteitag (1967) Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen vorlegen.“

Landesvorsitzender Dr. Scheufelen erklärte dazu: „Solange nicht alle vier Landesverbände zu einer Organisation zusammengefäßt sind, muß die Parteispitze gestraft werden.“

In den Fragen der Mitbestimmung, Eigentums- und Sozialpolitik, die ebenfalls auf dem Parteitag behandelt wurden, bezogen die Sozialausschüsse, Junge Union und Wirtschaftsrat eine einheitliche Position.

Die Wirtschaftsverfassung des Privat- eigentums wurde von allen einhellig be-

jaht. Allen Bestrebungen, die unternehmerischen Entscheidungen von anderen als von den Eigentümern bestimmen zu lassen, müsse entschieden entgegengesetzt werden. Damit stellten sich auch die Sozialausschüsse hinter die Forderung des Wiesbadener „Forum 1966“ der Jungen Union. Eine Ausweitung der 50-Prozent-Mitbestimmung des Montanmodells auf die gesamte Wirtschaft wird abgelehnt, da eine Mitbestimmung, die in die wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen eingreife, nur zu Führungsunklarheiten, innerbetrieblichen Kämpfen und Produktivitätsverlusten führe. Dagegen forderte Schetter einen Ausbau der Mitbestimmung im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes.

Bei der Wahl der Mitbestimmer müssen künftig auch die Minderheiten an teilgerecht zum Zuge kommen können. Entgegenstehende Minderheiten-Sperrklauseln im Betriebsrätewahlverfahren müßten beseitigt werden.

Die Vermögensbildung des Arbeitnehmers in Wertpapierform müsse als einer der drei Wege des Sozialaufstiegs durch Ausbau des 312-DM-Gesetzes gefördert werden. „Vermögenswirksam“ angelegtes Überzeitarbeitsentgelt soll künftig bis 936 DM/Jahr steuer- und sozialabzugsfrei werden. Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Erwin Häussler, MdB, legte hierzu ein umfangreiches Gesetzgebungsprogramm vor. Der Sozialaufstieg müsse jedem Arbeitnehmer in einem sog. „Drei-Wege-Prinzip“ offen gehalten werden. Neben den beiden traditionellen Aufstiegswegen, der beruflichen Höherqualifizierung und der selbstständigen Existenzgründung soll künftig als „Dritter Aufstiegsweg“ auch die Wertpapier-Vermögensbildung bis zur Höhe des „Eigenen Arbeitsplatzes“ — dem Mittelwert je Arbeitsplatz, etwa 15 000 DM — intensiv gefördert werden.

SED-SPD-Gespräche im Herbst

SPD-Sprecher glaubt Bereitschaft Pankows zu erkennen

Welche Chancen gibt es heute für eine deutsche Ostpolitik? — Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Forumsgesprächs, das die Europa-Union in Saarbrücken durchführte. Dabei zeigte sich ein verwirrendes Durcheinander der Meinungen und Standpunkte.

Ohne selbst eine eigene brauchbare Konzeption präsentieren zu können, kritisierten linksorientierte Kreise die Darlegungen Professor Dr. Georg Smolkas von der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, der die Ostpolitik der Bundesregierung mit guten Gründen verteidigte. Nach seinen Ausführungen sei mit einer Wiedervereinigung deshalb in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, weil der Schlüssel hierzu im Kreml liege und Moskau — das war bei dem jüngsten Russlandbesuch des französischen Staatspräsidenten deutlich erkennbar — nicht bereit ist, den Zonenstaat aus der Hand zu geben. Daher sei die Vorstellung, sich durch eine Politik der Vorleistungen Sympathien und Unterstützungen für die Wiedervereinigung einhandeln zu können, unsinnig. Andererseits ließe sich an den Entwicklungen in Rumänien und Ungarn z. B. ablesen, daß der Ostblock nicht mehr die einstige Geschlossenheit verkörpere. Auch beobachte man eine gewisse Isolierung der Zone. Den Zeitpunkt für einen Bonner Alleingang nach Osteuropa hält Professor Smolka für noch nicht gekommen. Es biete sich aber ein Zusammengehen mit Frankreich an, so lange es noch kein integriertes Europa gibt.

Roland Delcour, der Bonner Korrespondent der einflußreichen Pariser Tageszeitung „Le Monde“, versicherte, de Gaulle werde niemals die Sowjetzone als Staat anerkennen. Er habe bei seiner Moskaureise keineswegs die Allianz von 1944 „aufwärmen“ wollen. De Gaulle, der Vertreter eines französischen Konservativismus, betrachte den Kommunismus als ein vorübergehendes Phänomen, aber niemals als eine gültige Realität. Realitäten seien für de Gaulle nur die Völker und Nationen. Diese Einstellung hindere den französischen Staatschef jedoch nicht, den 1960 gescheiterten Versuch, mit Sowjetrußland zu einer Koexistenz zu gelangen, abermals zu riskieren.

Der Mitarbeiter des Ostbüros der SPD, Rudi Maerker, kündigte an, daß es aller Voraussicht nach schon in diesem Herbst zu einem Gespräch zwischen SPD und

SPD verlor das Duell

In dem harten Tauziehen um die kommunalen Spitzenpositionen im Lande hat die SPD an der Saar eine neue Niederlage hinnehmen müssen. In ihrer Hochburg Dudweiler wurde der Oberregierungsrat im saarländischen Innenministerium, Adolf Barth aus Friedrichsthal, mit den 18 Stimmen der CDU und der FDP/DPS bereits im ersten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt. Für den Kandidaten der SPD, Dr. Hans Schulze, waren nur 16 Stimmen abgegeben worden. Politische Kreise im Saarland werten die Entscheidung von Dudweiler als eine wirkliche Überraschung und einen beachtlichen Sieg der CDU.

SED kommen werde. Pankow sei daran interessiert, ein neues Angebot zu machen, weil nach Ulbrichts Konzeption 1985 die Zeit für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten reif geworden sei.

Unter den Aspekten der SED bedeute „Konföderation“ im Sinne Lenins eine „Doppelherrschaft“, d. h. eine Übergangszeit zur Machtergreifung durch den Kommunismus. Maerker ist der Meinung, daß sich eine Wiedervereinigung nicht durch die Politik der „kleinen Schritte“ erreichen lasse.

Die lebhaften Diskussionen, an denen sich Vertreter alle Parteirichtungen beteiligten, offenbarten, daß die Problematik der deutschen Ostpolitik recht unterschiedlich gesehen wird. Daraus ergibt sich, daß der Bundesregierung und der CDU noch ein breites Feld bleibt, um ihre Standpunkte und Auffassungen der Öffentlichkeit informierend und überzeugend darzutun.

Dr. Brinkmann wieder MdL

Der frühere Präsident des Saarlandtages, Josef Schmitt aus der Hochwaldgemeinde Lockweiler, der im September vorigen Jahres in den Bundestag gewählt worden war und seit dem 18. Dezember 1955 bereits dem Saarparlament angehört, hat sich jetzt entschlossen, sein Saarbrücker Mandat niederzulegen, um sich nur noch den Bonner Verpflichtungen zu widmen. Josef Schmitt, der zu den Gründungsmitgliedern der CDU-Saar zählt, war von 1957 bis 1960 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landesparlament und vom 3. Januar 1961 bis zum 10. Juli 1965 Präsident des Saarbrücker Hohen Hauses. Seinen Abgeordnetensitz im Landtag nimmt nun Dr. Norbert Brinkmann, der CDU-Kreisvorsitzende von Merzig, ein, der bereits in früheren Legislaturperioden parlamentarisch tätig war und von Januar 1956 bis Mitte 1957 das Amt des saarländischen Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidete.

Dem CGB unterlegen

Bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat der Ruhr-Lippe-Eisenbahnen wurden drei Kandidaten der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner gewählt. Ihre Gegenkandidaten — drei Vertreter der DGB-Gewerkschaft OTV unterlagen den CGB-Mitgliedern.

Fernsehen und Hörfunk

Am Tag von Hannover...

Der geplante Redneraustausch zwischen der SPD und der SED, der — wie es die Kommunisten von Anfang an augenscheinlich nicht anders gewollt hatten — geplant ist, hat in der Öffentlichkeit ein vielfältiges, allerdings auch stark unterschiedliches Echo gefunden. Die Christlich Demokratische Union hat die sozialdemokratischen Bemühungen, der Stimme der Freiheit in Deutschland Gehör zu verschaffen, nicht nur begrüßt, sondern auch unterstützt. Das hat das Geschäftsführende Präsidialmitglied der CDU, Bundesfamilienminister Dr. Bruno Heck, erst jüngst in einem Fernschreiben an die Ständige Fernsehprogramm-Konferenz der Rundfunkanstalten unterstrichen, in dem er zugleich bedauerte, daß die kommunistische SED den Redneraustausch verhindert hat.

Nachdem nun also endgültig feststand, daß keine Repräsentanten der SPD in Chemnitz (die Kommunisten und auch nicht wenige Sozialdemokraten nennen es Karl-Marx-Stadt) und umgekehrt keine SED-Vertreter in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover sprechen würden, begannen Bemühungen, die vorgesehnen gewesenen SPD-Redner in einer gesamtdeutschen Sendung zu Wort kommen zu lassen, die gleichzeitig vom ARD-Fernsehen und vom Zweiten Deutschen Fernsehen übertragen werden sollte. Die Intendanten-Konferenz bot dafür der SPD für drei Redner zusammen eine halbe Stunde Sendezeit an, der CDU/CSU und der FDP wollte sie jedoch für jeweils einen Redner nur zwischen zehn und fünfzehn Minuten Sendezeit zubilligen.

Es war eigentlich selbstverständlich, daß diese Einladung allein bei den Sozialdemokraten auf Gegenliebe stieß. Der Bundesvorstand der CDU beschloß, die Union solle sich nicht an der für den 14. Juli vorgesehenen Sendung beteiligen, da die geplanten Sendezeiten nicht der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages entsprächen und so in der Öffentlichkeit ein schiefes Bild von der politischen Repräsentanz im freien Teil Deutschlands entstanden wäre. Und gerade deshalb, um keine Zweiteil an der gemeinsamen Haltung der Parteien in der Deutschlandfrage auftreten zu lassen, die durch eine der Bedeutung und Größe der Parteien ausgewogene Sendezeit noch unterstrichen worden wäre, sagte die Union für den 14. Juli ab.

Die CDU hat nichts dagegen, daß den SPD-Sprechern Gelegenheit gegeben wird, zur Bevölkerung Mitteldeutschlands zu sprechen. Sie erwartet aber — im Einverständnis mit der Schwesterpartei CSU und den Freien Demokraten —, daß das ARD-Fernsehen und das Zweite Deutsche Fernsehen diesen Parteien am 21. Juli, am Tag von Hannover also, entsprechende Sendezeiten einräumen, in der sie sich zur Deutschlandfrage äußern können. Die Intendanten-Konferenz wird sich schon in diesen Tagen mit dem Problem befassen müssen. Es wäre aus der gesamtdeutschen Sicht gesehen bedauerlich, wenn es nicht in dem Sinne gelöst würde, wie es die Regierungsparteien in einem Fernschreiben an die Ständige Fernsehprogramm-Konferenz vorgeschlagen haben.

—dz—

Hessen wählt am 6. November

CDU leistete wertvolle Arbeit

Am 6. November 1966 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Die CDU kann mit Zuversicht dieser Wahlentscheidung entgegensehen, da sie ihre Funktion als konstruktive Opposition erfüllt hat. Sie erschöpft sich nicht in der Kontrolle, sondern leistete auch wertvolle Beiträge zur parlamentarischen Arbeit.

Aus einem Überblick des Fraktionsvorsitzenden Dr. Großkopf über die Leistungen der hessischen CDU und ihrer Landtagsfraktion ist neben der erfolgreichen Mitarbeit am neuen Hochschulgesetz (siehe auch Uid Nr. 24/66) die Mitwirkung am neuen Apothekergesetz hervorzuheben. In diesem Falle ist ein CDU-Antrag der Ausgangspunkt für neue Apothekerschulen geworden, die den alten Ausbildungsgang ersetzen sollen. Daß dieser CDU-Antrag ebenso wie ein anderer über die Hochschulreife für Gewerbelehrer im Ausschuß für erledigt erklärt wurde, nachdem ihnen durch Regierungserlasse entsprochen worden war, ändert nichts an der Tatsache, daß die Initiative in beiden Fällen von der CDU ausgegangen war.

Ferner sei aus dem „Bukett“ von Anregungen und Vorschlägen zur Landespolitik ein CDU-Antrag zur Verwaltungsreform erwähnt, der noch behandelt werden muß. Bisher hat die Landesregierung dazu nur eine Studienkommission einberufen.

Sehr ergiebig ist die kritische Kontrolltätigkeit der CDU, die insbesondere am „Großen Hessenplan“ immer neue Ansatzpunkte findet. Nach der wohl begründeten Ansicht der CDU ist dieses große Propagandaprojekt der hessischen Regierung in seinen Einzelheiten weitgehend illusionär. Es ergeben sich immer neue

Vom Landesjugendplan Saar

In Anwesenheit des Landesjugendwohlfahrtausschusses übergab Kultusminister Werner Scherer den Landesjugendplan 1966 der Öffentlichkeit, der ein Volumen von 7,15 Mill. DM ausweist. Die Summe verteilt sich auf die verschiedensten Aufgabenbereiche, so entfallen 2,5 Mill. DM auf den Sektor Jugend und Familie, 1,08 Mill. DM auf Jugend und Beruf, 1,06 Mill. DM auf Jugend und Gemeinschaft und 1,34 Mill. DM sind der Freizeitgestaltung zugeschlagen. Scherer nannte diesen Rahmenplan das Werkzeug einer gesunden Jugendpolitik. Es gehe keineswegs darum, die jungen Menschen in ein staatliches Korsett zu zwängen, sondern um eine richtige und sinnvolle Verwendung der Mittel im Interesse der Heranwachsenden.

„Luchsauge“ geschlossen

Die illegale kommunistische Betriebszeitung „Luchsauge“ in Oberhausen muß ihr Erscheinen einstellen. Beamte der Kriminalpolizei Duisburg nahmen drei Hersteller und Verteiler während der Arbeit an diesem illegalen Blatt fest. Wie die Polizei mitteilte, wurden die mit „Landesleitung NRW der KPD“ unterzeichneten Exemplare gerade zum Postversand fertiggemacht, als die Beamten erschienen.

Anlässe zu dieser Feststellung, so z. B. jetzt bei dem Versuch des hessischen Finanzministers, mit den Gemeinden in die Einzelplanung einzutreten. Dabei wird deutlich, daß die Gemeinden mit den ihnen zugemuteten Aufgaben nicht fertig werden. Ganz Stapel von Eingaben der Kommunen häufen sich im Landtag wegen der Finanzierungsschwierigkeiten. Die CDU hatte schon bei der Veröffentlichung des Planes darauf hingewiesen, daß die erforderlichen Anleihen schwerlich zu bekommen sein würden.

Die Pflicht zur strengen Kontrolle gewisser Praktiken der SPD hat die CDU auch in einer anderen Frage erfüllt, die

vor fast anderthalb Jahren große Aufmerksamkeit erregte. Die CDU hatte damals einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß wegen der Verbindungen der Landesregierung zur „Müne-mannbank“ beantragt, aber die Landesregierung hatte die Ausschüttigkeit durch eine Klage beim Staatsgerichtshof blockiert. Dieser hat jetzt einen Verhandlungsstermin auf den 22. September anberaumt. Daraufhin hat Dr. Großkopf den Ausschuß-Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß ein Urteil in dieser Legislaturperiode möglicherweise nicht mehr erwartet werden könnte. Es wäre jedoch nicht vertretbar, daß der Auftrag des Landtags an den Ausschuß unerledigt bleibe, weil die Landesregierung sich weigere, über eine Reihe von Fragen vor dem Parlament Auskunft zu geben. Da inzwischen der Präsident der hessischen Landesbank und Girozentrale in den Aufsichtsrat jener Bank berufen worden sei, sei eine mittelbare Beteiligung des Landes an diesem Privatunternehmen gegeben. Der Ausschuß solle daher die Landesregierung erneut auffordern, die verlangten Auskünfte zu erteilen und das Kontrollrecht des Parlaments zu respektieren.

Gleiche Chancen für alle

Ausbildungsbeihilfen sollen gesetzlich neu geregelt werden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf abschließend beraten, der die Zuerkennung der Ausbildungsbeihilfe nach einheitlichen Grundsätzen regeln will. Damit soll auf dem Bildungssektor ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Chancengleichheit getan werden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Ausbildungsförderung in zwei Teile zu gliedern. Danach sollen die Länder die Beihilfe für die schulische Ausbildung, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dagegen die finanzielle Unterstützung für die berufliche Fortbildung übernehmen.

Die Förderungsmaßnahmen würden das gesamte Schul-, Berufs-, Fachschul- und Hochschulwesen (allerdings nicht die wissenschaftlichen Hochschulen) umfassen. Im einzelnen ist die Beihilfe für die Ausbildung in einem Lehr- oder Anlernberuf, für ein Praktikum, für berufsvorbereitende Schulen, allgemeinbildende Schulen und besondere Bildungswege gedacht. Während beim Besuch wissenschaftlicher Hochschulen das Honnefer Modell für die Förderung zuständig ist, soll die Ausbildungsbeihilfe für Absolventen von Hoch- und Ingenieurschulen mit einem Darlehen verbunden werden.

Grundlegender Gedanke der CDU/CSU-Initiative ist, allen Begabten, auch denen, deren Eltern aus finanziellen Gründen eine längere und bessere Ausbildung ihrer Kinder nicht zuzumuten ist, gleiche Chancen für ein berufliches Weiterkommen zu bieten. Um diese Absicht wirkungsvoll in die Praxis umzusetzen, will das neue Gesetz das System der Ausbildungsbeihilfen in Bund und Ländern vereinheitlichen und modernisieren. Unklar ist allerdings noch, wie das Gesetz auf Bundes- und Länderebene durchzusetzen ist, da die Kulturhoheit nach wie vor bei den Ländern liegt. Auch die Chancen für ein Vertragsabkommen zwischen Bund und Ländern in dieser Hinsicht werden unterschiedlich beurteilt.

Das neue Gesetz bietet auch denen, die ihre berufliche Weiterentwicklung über den „Zweiten Bildungsweg“ verfolgen, die Möglichkeit, die Ausbildungsbeihilfe in Anspruch zu nehmen. Voraussetzung dafür ist, daß die Ausbildung noch vor Vollendung des 30. Lebensjahres begonnen wurde. Sinn der Beihilfe ist es, die Ausbildungs- und Lebensunterhaltskosten, also den notwendigen Bedarf des einzelnen Begabten, sicherzustellen. Die jeweiligen Förderungskosten sind nach den in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik unterschiedlichen Regelsätzen der Sozialhilfe zu berechnen. Ein wichtiger Punkt dieser Vorlage der Unionsparteien ist, auch den Bevölkerungsschichten die Ausbildungsbeihilfe zukommen zu lassen, deren bessere Einkommensverhältnisse sonst nicht zum Bezug des Fördergeldes berechtigen.

Gefährliche Forderungen

Die manchmal sehr heiklen Gedanken-gänge der FDP zur Deutschland-Politik sind bekannt, ebenso die Schwierigkeiten der FDP mit ihrer Jugendorganisation, den Jungdemokraten. So hat erst kürzlich der jungdemokratische Nachwuchs in Baden-Württemberg in einem zweitägigen Seminar über die Deutschland- und Ostpolitik in Stuttgart die Ansicht vertreten, die Bundesregierung müsse den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgeben und eine Anerkennung Ulbrichts ins Auge fassen. Solche Art von Liberalismus, der die kommunistische Aggression geradezu herausfordert, läßt berechtigte Zweifel an dem politischen Verständnis der Jungdemokraten auftreten.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Konsequenzen gefordert

Der stellvertretende Bezirksobmann der sudetendeutschen Landsmannschaft, Robert Prochazka, hat energische Konsequenzen gegen den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, den SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch, gefordert. Prochazka wirft Jaksch vor, die Prinzipien der Überparteilichkeit des BdV zu verletzen und SPD-Politik als Vertriebenenpolitik auszugeben. So habe Jaksch u. a. auch erklärt, daß sich 90 Prozent des bayerischen BHE auf dem Marsch zur rechtsradikalen NPD befänden. Offenbar versuchte Jaksch damit, so meinte Prochazka, den Einzug von Vertriebenen über die Listen der CSU in den bayerischen Landtag zu verhindern.

„Vater“ Reichenberger †

Der „Vater der Heimatvertriebenen“, Monsignore Emanuel Reichenberger, ist in Wien im Alter von 78 Jahren verstorben. Reichenberger, der jahrelang als Priester im Sudetenland wirkte, mußte 1938 vor den Verfolgungen der Gestapo nach den USA emigrieren. Sofort nach dem Zusammenbruch organisierte Reichenberger eine Hilfsaktion für die Vertriebenen. In Büchern und Zeitungen trat er damals mutig gegen das Unrecht der Vertreibung ein und prangerte die entsetzlichen Verbrechen an wehrlosen deutschen Frauen und Kindern in der Tschechei an. 1951 kehrte er nach Europa zurück. Papst Johannes XXIII. hatte Reichenberger für seine Verdienste um die Heimatlosen zum „Päpstlichen Geheimämmerer“ ernannt.

Jaksch hat Schwierigkeiten

Wenzel Jaksch, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, hat sich wieder einmal den Zorn seiner Partei zugezogen. Helmut Schmidt/Hamburg und Gustav Heinemann war die Rede Jakschs in München, in der er die tschechoslowakische Regierung kritisierte, zu scharf. Schmidt/Hamburg soll nach Informationen seine Annäherungsbestrebungen mit Prag gefährdet sehen. Im Hinblick auf die Wahlen war auf Wunsch jede offene Auseinandersetzung vermieden worden. Hat vielleicht Jaksch gehofft, durch seine Angriffe auf Erhard das Wohlwollen seiner Partei zu erhalten?

126 politische Urteile

Mindestens 126 politische Urteile wurden im ersten Halbjahr 1966 von den Gerichten in der Zone gefällt, teilte der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in Berlin mit. Zwei Urteile lauteten auf lebenslängliches Zuchthaus, dreimal wurde eine 15jährige Zuchthausstrafe verhängt.

CDU/CSU-Fraktion mit BdV einig

Meinungsaustausch wird fortgesetzt

Ende Juni fand eine eingehende Aussprache zwischen der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertretern des Bundes der Vertriebenen statt.

Bei der umfassenden und freimütigen Aussprache wurde der Wille zu enger Zusammenarbeit in den Fragen der Eingliederung und des Heimatrechtes deutlich. Zum Stand der Lastenausgleichsgesetzgebung ergab sich in der Aussprache, daß der Bund der Vertriebenen die künftigen Möglichkeiten des Fonds höher schätzt, als es die Bundesressorts tun. Er erkennt jedoch ihren Willen an, die 19. Lastenausgleichsnovelle vornehmlich auf die Verbesserung der Hauptentschädigung zu konzentrieren und später erkennbare Reserven lediglich für Zwecke des Fonds in Anspruch zu nehmen. Der Bund der Vertriebenen wird eine Ausarbeitung seiner Schätzungen künftiger Möglichkeiten vorlegen. Über die Notwendigkeit einer Verabschiedung der 19. Novelle im laufenden Jahr herrscht Einvernehmen.

Die Anregung von Präsident Dr. Jaksch, in politischen Fragen laufend Kontakte zu halten, wurde begrüßt. Ein praktischer Weg wird von der Fraktion vorgeschlagen. Übereinstimmung herrschte

insbesondere auch über Ursachen und Gefahren radikalischer Strömungen und über die politische Notwendigkeit ihrer Eindämmung.

Das BdV-Präsidium und die CDU/CSU-Fraktionsführung waren einig in dem Wunsch, diese Art des Meinungsaustausches fortzusetzen.

Von Seiten des Bundes der Vertriebenen nahmen u. a. die Mitglieder des Präsidiums Präsident Dr. Jaksch, Vizepräsident Gossing, Vizepräsident Schellhaus und Vizepräsident Wollner teil.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war vertreten durch ihren Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Blank und Brand, den Vorsitzenden des zuständigen Arbeitskreises Stingl, das zuständige CDU/CSU-Mitglied im Haushaltsausschuß Windelen und weitere führende Vertriebenenpolitiker der Fraktion. Von der Bundesregierung nahm Bundesminister Dr. J. Baptist Gradl teil.

Unteilbares Recht

Auch Verbrechen an Deutschen aufzuklären

Der CDU-Abgeordnete Dr. August Hagmann erklärte, mit seinem im baden-württembergischen Landtag gestellten Antrag, die an Deutschen, vor allem bei der Vertreibung, begangenen Verbrechen aufzuklären und zu dokumentieren, verfolge er nicht das Ziel einer Art „Aufrechnung“ gegen die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen.

Es gehe ihm vielmehr darum, den „Teufelskreis des Fluchs der bösen Tat“ aufzuzeigen und mit dazu beizutragen, daß künftig Recht vor Gewalt zu gehen habe. Es sei auch entscheidend, herauszustellen, daß das Recht unteilbar sei, um vor allem auch jenen Elementen, die wieder bereit seien, Gewalt vor Recht zu stellen, klar und eindeutig zu begegnen.

Die Dokumentation der Vertreibungsverbrechen werde gemeinsam mit der Aufklärung der NS-Verbrechen eine feste Grundlage für das versöhnende Gespräch mit den Nachbarvölkern im Osten sein. Solange das an Deutschen begangene Unrecht stillschweigend hingenommen werden müsse und damit zu einer Vorbehaltssituation führe, die nur den Radikalismus fördere, werde ein solches Gespräch nicht offen und ehrlich geführt werden können.

Schließlich, so sagte Dr. Hagmann, gehe es ihm auch darum, dem deutschen Volk das Bewußtsein zu geben, daß auch ihm Recht widerfahren, nachdem es in ungerechter Verallgemeinerung zwanzig Jahre hindurch verfeuelt worden sei. Die NS-Verbrechen seien nicht vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit begangen worden, sondern von einer verbrecherischen Clique, der das eigene Volk selbst zum Opfer gefallen sei. Im gleichen Sinne richte sich sein Antrag, die Vertreibungs-

verbrechen aufzuklären, nicht gegen die Völker im Osten. Verallgemeinerungen seien schon immer die Hauptquelle für Rache und Haß im Dasein der Völker gewesen. Wer an das Recht glaube, müsse es nach allen Seiten hin gelten lassen.

Peterskirche wird aufgebaut

Die im 13. Jahrhundert erbaute ehrwürdige Peterskirche in Riga soll wieder aufgebaut werden. Die Kirche wurde bei der Einnahme Rigas durch die Rote Armee 1944 zum Teil zerstört. Allerdings wird die Peterskirche nach dem Wiederaufbau nicht dem Gottesdienst zur Verfügung stehen, sondern soll ein Museum der Architektur beherbergen. Die Peterskirche war in der Vergangenheit lange Zeit Mittelpunkt des religiösen Lebens der Deutschen in Riga.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Heinz Winkler, R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Mißverstandene Freiheit

Hamburger Studenten demonstrieren gegen amerikanische Vietnam-Politik

Vietcong-Fahnen und Plakate mit prokommunistischen Parolen waren sichtbarer Ausdruck für die Hanoi von verschiedenen Studentenorganisationen offen entgegengebrachte Sympathie in Hamburg.

Bezeichnend ist einmal mehr, daß die Evangelische Studentengemeinde, die Humanistische Studenten-Union, der Liberale Studentenbund und der Sozialistische Studentenbund als Veranstalter der anti-amerikanischen Demonstrationen verantwortlich zeichneten. Man hatte sich alle Mühe gegeben, diesen beschämenden Veranstaltungen dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen, daß man für die Kundgebung den amerikanischen Unabhängigkeitstag wählte.

Ahnlich wie bei den Vietnam-Protestaktionen der Berliner Studenten im Frühjahr, kam es auch in Hamburg zu Ausschreitungen gegen amerikanische Vertretungen. Die aufgeputschten Studenten zogen im Anschluß an die Kundgebung vor das amerikanische Generalkonsulat und versuchten, unterstützt von kommunistischen Aufrührern, das Gebäude zu stürmen.

Während sich der Ring Christlich Demokratischer Studenten von den Zwischenfällen distanzierte und sie „in schärfster Weise“ mißbilligte, rechtfertigten die an den Demonstrationen beteiligten Studentengruppen ihr Verhalten und beschwerten sich obendrein über den Einsatz der Polizei.

Wie die Hamburger Öffentlichkeit über diese Vorfälle denkt, zeigt ein Kommentar im „Hamburger Abendblatt“.

„Schlagworte rötlicher Farbschattierungen wie ‚Vietnam den Vietnamesen‘, ‚Amigo home‘ oder ‚Partisanenkrieg ist ein Krieg des Volkes ...‘ kennzeichneten nach Darstellung der Hamburger Zeitung die Demonstrationen. „Diese letzte Parole verherrlicht geradezu jeden kommunistischen Unterwanderungsversuch“. Weiter schreibt das Abendblatt: „Wie unpolitisch diese jungen Leute denken, wie wenig differenziert! Haben sie wirklich noch nie gehört, daß die Nordvietnamesen nicht einen einzigen Tag lang ihr Schicksal

bestimmen konnten, nachdem die Kommunisten diesen Landesteil unter ihre Kontrolle gebracht hatten? Nicht nationale Selbstbestimmung, sondern von Moskau und Peking diktatierte Säuberungen und Enteignungen waren damals der Lohn für den Freiheitskampf gegen die Kolonialherrschaft. Es war die Freiheit, die die Kommunisten meinten. Wollen die jungen Demonstranten jetzt auch den Süden dieses unglücklichen Landes dem roten Imperium angliedern?

Die Menschen, die dafür plädieren, der Gewalt nachzugeben, haben offensichtlich die Lehren der Geschichte vergessen. Amerika ist jedenfalls bereit, große Opfer auf sich zu nehmen, auch wenn junge Wirrköpfe eines Tages auf ihre Pappatafeln das Wort ‚Vietnam‘ gegen das Wort ‚Berlin‘ oder ‚Deutschland‘ austauschen, was von dem Standpunkt der Demonstration nur logisch wäre.“

Nur ein Außenseiter?

SPD-Minister Rudi Arndt im radikalen Fahrwasser

Als der hessische Ministerpräsident Zinn den radikalen sozialdemokratischen Partefunktionär Rudi Arndt aus dem Linksaßen-Bezirk der SPD Hessen-Süd als Minister für Wirtschaft und Verkehr ins Kabinett holte, glaubten sogenannte „gut unterrichtete Kreise“ zu wissen, daß Zinn dem neuen Minister Zügel anlegen dürfte. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt.

Immer wieder macht Rudi Arndt als Verfechter radikaler Thesen, die auch im Gegensatz zur Politik des Parteivorsitzenden in Bonn stehen, auf sich aufmerksam. So trat er als scharfer Verfechter einer Antihaltung zur Notstandspolitik seiner Partei auf dem Dortmunder Parteitag auf. Kürzlich machte Arndt wieder

unrühmlich von sich reden. Auf einer Unterbezirks-Konferenz der SPD in Neustadt im Odenwald verstieg er sich zu der Behauptung, er habe die Befürchtung, daß zwischen den Bonner Regierungsparteien und dem Regime in Pankow eine „stille Koalition“ mit dem Ziel bestünde, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern, weil beide Seiten wüßten, daß in einem geeinten Deutschland die SPD die stärkste Partei wäre.

„Wir weisen mit aller Entschiedenheit die Unterstellungen des hessischen Wirtschaftsministers Arndt zurück“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Hessen, Dr. Hans Wagner, MdL zu den Entgleisungen des sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedes. Wagner nannte Arndts Vorwurf „einfach ungeheuerlich“. Aus den Worten dieses sozialdemokratischen Ministers spreche die ganze Enttäuschung eines marxistischen Sozialisten, der sich durch die politische Entwicklung, auch in seiner eigenen Partei, überrollt sehe, sagte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende. Dabei kritisierte er, daß sich kein führender Sozialdemokrat, weder Ministerpräsident Zinn noch Minister Hemsath als Vorsitzender des Bezirkes Hessen-Süd, von den Entgleisungen Arndts distanziert hat. Dr. Wagner warf den SPD-Politikern Zinn und Hemsath vor, sie nähmen es hin, daß ein hessischer Staatsminister bedenkenlos parteipolitisches Kapital aus der schmerzlichen Spaltung Deutschlands zu schlagen versuche.

Und wie reagierte Arndt selbst? Er schwieg. Er schwieg auch dann noch, als er im Plenum des Hessischen Landtags von der CDU wegen seiner Äußerungen in Neustadt kritisiert wurde.

Mehrheit für Notstandsrecht

„Panorama“ betrieb übelste Demagogie

Die Tübinger „Wickert-Institute“ haben vor kurzem das Ergebnis einer Umfrage veröffentlicht, das den Gegnern einer demokratischen Notstandsverfassung zu denken geben sollte: die überwiegende Mehrheit der Bürger unseres Landes steht einer gesetzlichen Vorsorge für die Stunde der Not positiv gegenüber.

Nicht weniger als 76 % der Befragten waren der Meinung, daß die Bundesregierung für kritische Situationen größere Vollmachten haben müsse. Nur 11 % waren dagegen; 13 % hatten keine Meinung. Mehr als die Hälfte aller Befragten glaubt, daß Notstandsgesetze mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringen.

Von besonderem Interesse ist, daß die Arbeiter vor allem in Nordrhein-Westfalen negativ eingestellt sind, während Selbständige, Angestellte und Beamte überwiegend positiv urteilten. Das gilt nicht nur für Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, sondern auch für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

Kein Wunder, daß die Fernsehsendung „Panorama“ am 4. Juli diese Zahlen „schamhaft“ verschwieg. Statt einer objektiven Darstellung des Für und Wider von Notstandsgesetzen wurde den Zu-

schauern 50 Minuten lang ein verzerrtes Bild vorgegaukelt, das weder mit den Tatsachen übereinstimmt noch die Absichten von Bundesinnenminister Paul Lücke auch nur annähernd sachlich wiedergab.

Für die Bundesregierung und die Parteien des Bundestages aber ergibt sich nicht nur aus dem „Panorama“-Pamphlet, sondern auch aus der „Wickert-Umfrage“ eine wichtige Konsequenz:

In einer breit angelegten Aufklärungsaktion soll die Bevölkerung sachlich und objektiv sowohl über die Ziele und den Inhalt der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze, wie auch der vorbereiteten Notstandsverfassung unterrichtet werden. Zwar haben 95 % der Bürger lt. „Wickert-Umfrage“ schon einmal „etwas von Notstand gehört“, aber kaum jemand wußte, um was es bei den einzelnen Maßnahmen wirklich geht.